



Beschlussvorlage

Nr.	vom		
2023/0163	23. Oktober 2023		
Gegenstand			
Bürgerbefragung zur verkehrlichen Situation in der Allinger Straße			
Beratungsfolge			
Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.10.2023	Stadtrat	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Es ist eine schriftliche Bürgerbefragung zum Thema „Fahrradschutzstreifen Allinger Straße“ durchzuführen.

Vorschlagsbegründung

Im Zuge der Einführung der „Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung in Puchheim“ im Oktober 2021 wurde im Juli 2022 der Bürgerbeteiligungsrat berufen. Aufgabe des Bürgerbeteiligungsrats ist es, über Vorschläge für Themen und Anlässe für Bürgerbeteiligung aus der Bürgerschaft zu beraten. Im August 2022 wurde dem Gremium ein Vorschlag zum Radfahren in der Allinger Straße zugetragen. Der Bürgerbeteiligungsrat hat den Vorschlag gemäß der „Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung der Stadt Puchheim“ geprüft und positiv bewertet. Die Leitlinien sehen vor, positiv beschiedene Vorschläge dem Stadtrat zuzutragen. Die Mitglieder des Stadtrats haben am 25.05.2023 über den Vorschlag beraten. Sie beschlossen ein Bürgerbeteiligungsverfahren hinsichtlich der verkehrlichen Situation der Allinger Straße einzuleiten und beauftragten die Verwaltung einen entsprechenden Entwurf vorzubereiten.

In der Diskussion des Tagesordnungspunktes wurde festgehalten, dass zunächst eine Stellungnahme der Verwaltung einschließlich einer rechtlichen Prüfung möglicher Maßnahmen eingeholt werden müsse. Ebenfalls solle beleuchtet werden, welche Punkte des 2018 verabschiedeten Radverkehrskonzepts bereits umgesetzt oder beschlossen seien. Eine detaillierte Stellungnahme der Verwaltung sowie Übersicht zum Umsetzungsstand der Maßnahmen des Radverkehrskonzepts befinden sich im Anhang. Die Erläuterung der verkehrsrechtlichen (Ausgangs-)Situation und möglicher Planungsansätze hinsichtlich des Ausbaus der Fahrradinfrastruktur in der Allinger Straße erfolgen im mündlichen Vortrag. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nach Einschätzung der Stadtverwaltung,

Fachbereich Verkehrsrecht sowie Fachbereich Mobilität, die im Bürgervorschlag genannten Maßnahmen „Verlängerung des Radfahrschutzstreifens zwischen Blumenstraße und Ihleweg stadtauswärts“ sowie „Verbot des Straßenparkens stadtauswärts“ bei entsprechenden politischen Beschlüssen als realisierbar gelten. Der folgende Vorgehensvorschlag für die Durchführung einer Bürgerbefragung thematisiert diese beiden Maßnahmen.

Bereits im Radverkehrskonzept wird darauf hingewiesen, dass einige der empfohlenen Maßnahmen als konfliktträchtig eingestuft werden können. Gegenwärtig bestehen in der Allinger Straße Interessenkonflikte zwischen dem Radverkehr, fließenden Verkehr, ruhenden Verkehr, Fußgängerverkehr sowie öffentlichen Personennahverkehr. Die Verlängerung des Radfahrschutzstreifens stadtauswärts zwischen Blumenstraße und Ihleweg als Maßnahme zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur ist nur dann möglich, wenn das Straßenparken auf dem betreffenden Straßenabschnitt unterbunden wird. Folglich entsteht ein Konflikt zwischen Radverkehr und ruhendem Verkehr.

Themen, Ziele und Akteure der Bürgerbeteiligung

Der Konflikt „Radfahrschutzstreifen - Straßenparken“ stellt den Anlass und den Gegenstand der Bürgerbeteiligung dar. Das Beteiligungsziel besteht darin, Rückmeldung zur konkreten Maßnahme *Verlängerung des Radfahrschutzstreifens stadtauswärts zwischen Blumenstraße und Ihleweg* einzuholen und damit eine politische Entscheidung vorzubereiten. Ein mittels Bürgerbeteiligung eingefangenes Stimmungsbild der Betroffenen soll dem Stadtrat als Entscheidungshilfe für oder gegen die Umsetzung der Maßnahme dienen. Für die zu Beteiligten besteht in der Bürgerbeteiligung wenig Handlungsspielraum, da die Entscheidung über die Umsetzung der Maßnahme in einem politischen Rahmen getroffen werden muss. Der Grad der Mitwirkung beschränkt sich daher auf die Konsultation der Betroffenen. Ausgehend vom Beteiligungsziel und dem Grad der Mitwirkung schlägt die Stadtverwaltung als Methode die Durchführung einer schriftlichen Befragung vor.

Adressatenkreis der Befragung sind alle Verkehrsteilnehmenden auf der Allinger Straße. Um die ungefilterte Meinung der Betroffenen einfangen zu können, erfolgt die Bürgerbeteiligung persönlich und nicht über Stellvertretende. In der Ansprache werden eine gezielte und offene Auswahl je nach Zielgruppe kombiniert. Da anzunehmen ist, dass der ruhende Verkehr in der Allinger Straße vorwiegend von den Anwohnenden ausgeht, sollte diese Gruppe separat betrachtet werden (gezielte Auswahl nach Kriterium „Wohnort“). Die Stadtverwaltung schlägt vor, den Anwohnenden der Allinger Straße und der Nebenstraßen im Bereich zwischen Blumenstraße und Ihleweg postalisch einen Fragebogen zukommen zu lassen, indem neben der Akzeptanz der Maßnahme *Verlängerung des Radfahrschutzstreifens stadtauswärts zwischen Blumenstraße und Ihleweg* auch eine Einschätzung zur Parkplatzsituation in der Allinger Straße erhoben wird. Mit dem Fragebogen erhalten die Anwohnenden ein

Anschreiben des Ersten Bürgermeisters sowie einen frankierten Rückumschlag. Das Anschreiben enthält Informationen zu Thema und Ziel der Umfrage, Wichtigkeit und Nützlichkeit der Ergebnisse für die Stadtverwaltung, Inhalte des Fragebogens, Begründung der Auswahl der Teilnehmenden, Aufforderung zur Teilnahme, Vertraulichkeit und Datenschutz, Freiwilligkeit der Teilnahme, Information zur Rücksendung sowie Kontaktdaten für Rückfragen. Alle weiteren Verkehrsteilnehmenden der Allinger Straße sollen die Möglichkeit erhalten, online auf der Bürgerbeteiligungsplattform www.puchheim-mitgestalten.de an einer Befragung zur Maßnahme teilzunehmen (offene Auswahl, Selbstselektion). Der Fokus der Online-Befragung liegt auf der Abschätzung der Akzeptanz der Maßnahme. Die Durchführung einer Befragung mit unterschiedlichen, auf die jeweilige Nutzergruppe der Straße angepassten Fragebögen ermöglicht eine differenziertere Diskussion der Maßnahme. Ein Entwurf der Fragebögen befindet sich im Anhang.

Die Stadtverwaltung schlägt vor, die Befragung über einen Zeitraum von drei Wochen laufen zu lassen. Mit der Durchführung könnte im November 2023 begonnen werden. Die Befragung sollte öffentlichkeitswirksam auf allen Kommunikationskanälen der Stadt angekündigt, beworben und begleitet werden. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat vorgestellt und sollten veröffentlicht werden. Auf Grundlage der Befragungsergebnisse könnte sich der Stadtrat anschließend mit der Entscheidung über die Umsetzung der Maßnahme befassen.

Finanzierung

Die notwendigen Mittel für die Durchführung der Bürgerbefragung stehen im Haushalt 2023 bereit.

Beiräte, Referent/in

Der Referent für Verkehr wurde beteiligt.

Die Referentin für Stadtentwicklung wurde beteiligt.

Die Referentin für Umwelt wurde beteiligt.

Nachhaltigkeit

Von allen klimarelevanten Sektoren ist es bisher im Verkehrsbereich am wenigsten gelungen, die CO₂-Emissionen zu verringern. Zum Erreichen der Klimaneutralität ist es dringend nötig, den Verkehr in möglichst hohem Maße auf klima- und ressourcenschonende Verkehrsmittel zu verlagern. Im Bereich kurzer und mittlerer Strecken ist hierbei das Fahrrad das geeignetste Verkehrsmittel; gleichzeitig ist Radfahren gesund und trägt u. a. dank sozialer Interaktionsmöglichkeiten und geringem Flächen-

verbrauch zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Die Förderung des Radverkehrs mit dem Ziel der Erhöhung des Radverkehrsanteils an den zurückgelegten Strecken kann daher neben dem Gesundheits- und Klimaschutz auch einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Vorhergehende Beschlüsse

2023/0068 Vorschlag Bürgerbeteiligungsrat: Einleitung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens zur Erarbeitung eines Verkehrskonzepts für die Allinger Straße

Anlagen:

Allinger Straße Bestandsanalyse und Variantenuntersuchung
 Entwurf Fragebogen Anwohner
 Entwurf Online-Fragebogen öffentlich
 Maßnahmen und Umsetzungsstand Radverkehrskonzept 2018 Allinger Straße
 Stellungnahme Referent für Verkehr StR. Olschowsky
 Vorschlag an den Bürgerbeteiligungsrat mit Stellungnahmen der Verwaltung

Bearbeitungsvermerke

Organisationseinheit 0.2 Bürgermeisteramt	Az.	Freigabe Referatsleiter/in
Bearbeiter/in Grenzdörfer, Marie	Freigabe Geschäftsstelle StR	Freigabe GL
Referatsleiter/in	Freigabe Erster Bürgermeister	